



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dänhoff (A 7) 8600—3665. Fernverkehr: Dänhoff 3666—3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltell.) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: von Nr. 20 Pfennig. Familien-Anzeige: von Nr. 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzahl] • Nr 24

SONNABEND, 14. JANUAR 1933

ABEND-AUSGABE

# Reichsregierung warnt

## Ankündigung drakonischer Maßnahmen

Die amtlichen Stellen lassen heute an die radikale Presse und auch an die politischen Organisationen eine Warnung ergehen, an deren Schluß die Ankündigung sehr drakonischer Maßnahmen gegen den Mißbrauch der politischen Freiheit steht. Die amtliche Erklärung lautet:

Der Reichsfunkler hat, als er dem Reichspräsidenten die Aufhebung des Sommerferien vorzuschlag, durch die die politischen Freiheiten und insbesondere die Pressefreiheit eingeschränkt waren, von vornherein betont, daß durchgehende Maßnahmen getroffen werden müßten, die hinsichtlich der Gefahr einer Überwachungsmaßnahme auszufüllen würden.

Insbesondere läßt der Reichsfunkler eine Warnung an jenen Teil der Presse ergehen, der durch sein Verhalten dazu beigetragen hat, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit als gefährdet erscheinen müßte. An den letzten Tagen hat eine Reihe von Einzelsfällen zu verzeichnen gegeben, die nicht nur eine Gefahr gegen die Regierung und eine Verächtlichmachung der Regierung darstellten, sondern die auch gegen sie sind, in weitesten Kreisen größte Erregung hervorgerufen.

Die Erklärung der Regierung weist u. a. auf die Rundgebung des sommerlichen Verbändes hin. In der jehet eingetragene aufgeführt wird, „mit den letzten Mitteln“ sich gegen einen Beschluß der Regierung des Reiches zu richten. Auch ein Bild des „Büchlings Beobachters“ mit der Überschrift: „Wenn der Bauer aufsteht“ und andere Erklärungen werden angeführt. Es heißt dann:

„Die Staatsgewalt kann sich nach Auffassung der Reichsregierung diese Dinge nicht länger gefallen lassen. Deshalb wird die dringende Mahnung ausgesprochen, die Freiheiten nicht zu mißbrauchen und die Grenzen nicht zu überschreiten, die der Presse gegen sie müssen. Wenn diese heftigen Stimmen weiter laut würden, würde die Reichsregierung ge-

nötigt sein, Maßnahmen dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, die die betreffenden Zeitungen auf längere Zeit sehr empfindlich treffen und auch vor der Bestrafung der schuldigen Verantwortlichen nicht halt machen würden. Im Augenblick wird im übrigen geprüft, ob juristische Mittel gegen die Rundgebung des sommerlichen Verbändes, die oben angeführt wurde, vorhanden sind.“

Es wird dieser amtlichen Warnung hinzugefügt, daß die politischen Ausschreitungen, die in den letzten Tagen wieder zugenommen haben, zum guten Teil auf diese künstlich gesteigerte Erregung zurückgeführt werden, und daß durch diese Mißbrauch der Presse zugleich auch die Grundlage der politischen Minderheiten entfallen wird. Man ist der Meinung, daß sich aus den zu ergreifenden Maßnahmen auch ein Schutz der übrigen Presse und der Bevölkerung ergeben würde.

Nach allem, was man über die neue Verordnung hört, die in der nächsten Woche zu erlassen wäre, würde sie tatsächlich weitgehende Eingriffe in die politische und persönliche Freiheit bringen. So wird von der Möglichkeit einer Schikane gegen Personen gesprochen, die zur Stärkung von Ordnung und Sicherheit beitragen und auch von ganz langfristigen Zeitungsverboten, die praktisch überhaupt auf ein Verbot der Zeitung für absehbare Zeit hinauslaufen würden.

## Schleicher morgen im Rundfunk

Reichsfunkler von Schleicher wird morgen, Sonntag, anlässlich der Staffelführer-Bundesfeier im Sportpalast in Weiden, die um 12 Uhr mittags vom Berliner Rundfunk übertragen wird. Das Konzert der Wiener Eintracht beginnt infolgedessen erst um 1 Uhr.

# Bedrohung Pekings durch Japan?

### Amerika will seine Interessen schützen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 14. JANUAR

Aus Washington verlautet, daß das amerikanische Außenministerium nicht beabsichtigt, eine eigene Wahrungsgesandtschaft in Tokio zu unternehmen, da Japan durch den englischen Schritt auf die Gefahr internationaler Komplikationen bereits deutlich hingewiesen ist.

Sollte der japanische Vormarsch bis in die Zone von Tientsin und Peking ausgedehnt werden, so würde eine neue Situation entstehen, die den entscheidenden Schutz der amerikanischen Interessen erforderlich würde.

Diese Mitteilung Washingtons muß einerseits als Warnung gelten, sie zeigt aber auch, daß man mit einem Vormarsch der Japaner auf Tientsin und Peking ernsthaft rechnet. Unbestreitbar hat die amerikanische Erklärung beinahe den Wert einer Placierung japanischer Absichten. Freilich wird mit einer solchen japanischen Aktion kaum zu rechnen sein, bevor die Verhandlungen mit dem Beizinger Komitee und vor der Bänderübergabensammlung abgeschlossen sein werden. Viel Hoffnung auf einen Ausgleich ist aber auf die Weiser Prozedur nicht mehr zu setzen. Würden auch Schiedsrichter der Genfer Vermittlungen, nach einem Durchbruch im Bereiche der Möglichkeiten liegenden Auseinandersetzungen Japans aus dem Bänderbund die Japaner auf Peking maršieren, so wäre auch der offene Krieg zwischen Japan und China kaum mehr zu vermeiden.

## Chinesischer Gegenangriff

Nach Meldungen aus Peking ist der japanische Vormarsch gegen die Provinz Szechuan durch einen groß angelegten, aber gescheiterten chinesischen Gegenangriff, der in

Richtung Loann bis in die Mandchurie hineinreichte, zum Stillen gekommen. 30.000 chinesische Freischützer unter Führung des Generals Fungshinghan, unterstützt von Truppen unter General Tansunglin, haben die schwachen japanischen Verbindungen und Stützpunkte erfolgreich angegriffen. In Peking sind diese Meldungen von der Front mit großem Jubel aufgenommen worden.

Eine Meldung des japanischen Oberkommandos bestätigt die Offenbesetzung der chinesischen Truppen.

## Kaval gegen Hoover

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 14. JANUAR

Der Streit über das, was 1931 in Washington zwischen Hoover und Kaval über Senfion der Separationen und Kriegsgeldern gesprochen wurde, geht weiter. Auf Hoovers Erklärung, daß er damals keinerlei moralische Verpflichtung zur Senfion übernommen habe, erklärte der jetzige Senator gegen:

„Diese Behauptung steht derart in Widerspruch mit dem von uns beiden veröffentlichten amtlichen Communiqué, daß ich lieber nichts dazu sagen will. Ich kann einfach nicht glauben, daß diese dem Präsidenten Hoover in den Mund gelegte Ablenkung richtig sein kann.“

Aber die damaligen Verhandlungen im Weißen Haus befehlen keinerlei amtliche Protokolle. Kaval soll aber handschriftliche Aufzeichnungen aufbewahrt haben.

## Europaschau

Daß die deutsche auswärtige Politik schweren Kämpfen entgegengeht, daran kann ein Zweifel kaum bestehen. Alles andere wäre erstaunlich. Nur Naive können glauben, daß es ein leichtes Unternehmen sei, sich aus dem Teil V des Berliner Vertrages herauszupauken. Durch die Reparationsbestimmungen des Berliner Vertrages haben wir uns durchgekämpft, aber man weiß, unter welcher Opfer. Wenn wir über irgendwelche Paragrafen des Berliner Friedens-Instrumentes hinweg zu einer neuen Ordnung und zu einer besseren Ordnung kommen wollten, so werden wir regelmäßig für diese erstrebte Zukunft Opfer zu bringen haben. Wer dieses Opfer scheut, wer sie nicht tragen will, der laßt seine Finger von jeder deutschen Politik.

Die Lage, denen wir entgegengehen, werden von historischer Bedeutung sein. Die Frage ist nicht überflüssig, die allgemeine europäische Lage, die den bestimmten Ausfluß aus der Gesamtformierung der Gegenwart, diese wesentliche Komponente aller zukünftigen Entwicklung, einmal, wenn auch nur in ihren großen Umrissen, so doch in ihrer wesentlichen Zusammenhängen prüfend zu überblicken.

Übermann weiß, daß Frankreich die Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent unersetzlich innahält. Unermüßlich läßt die französische Politik bestrebt, diese auszubehalten, die sich in der von ihr ausgeführten Konstitution zeigen, oder neue Konstitutionen auszubilden, die die alten jähren und halten. Die Risse zeigen sich zweifellos bei den französischen Bundesangelegenheiten auf dem Balkan. Frankreich muß zur Zeit eine Krise der Staatsfinanzen durch, bei welcher der Betrag des zu deckenden Defizits, gemessen an der allgemeinen Wirtschaftslage und an den Reichthümern des Landes, vielleicht gar nicht einmal so groß ist. Aber die innerpolitischen Schwierigkeiten, die Zusammenlegung der Kammer, das Streitgespräch zwischen den Parteien und zwischen den Parteiführern erzwingt die Lösung nicht unweiblich, und da kein Volk die eigenen Sorgen nicht an dem Verhältnis, in dem sie zu den Sorgen anderer Völker stehen, sondern sie rein ihrer absoluten Größe nach empfinden, so erscheint den Franzosen die Finanzpolitik Frankreichs nicht größer, als es den Angehörigen eines anderen Volkes erscheinen mag, das sich an viel höhere Dinge gewöhnter mußte und täglich noch zu gewöhnen hat. Ebenfalls aber sind die Geldquellen, die in Paris entströmen und von den jüdischeuropäischen Verbänden gehäufig ausgeschöpft wurden, zur Zeit und vielleicht auf absehbare Zeit verlegt, und jene Länder stehen mit ihren finanziellen Völkern allein. Dazu befindet sich Zugewinn in einer sehr ersten innerpolitischen Krise, aus der, was noch schwerer wiegt, ein Ausweg nicht leicht ersicht werden kann. In Rumänien beobachtet man das Umfänglichere einer finanziellen und wirtschaftlichen Desorganisation von erheblichem Ausmaß, und die außenpolitische Lage erscheint nach dem türen Abbruch Titulescu von der von Frankreich und Polen vorgezeichneten Auslands-Politik immergenauer ungelöst. Italien hat den Berliner-Politik, Rumänien in die Illusionen hineingezogen, die es um den jüdischeuropäischen Staat legen zu können hofft. Aber diese Verlage sind zunächst gescheitert. Das Verhältnis zu Polen dagegen ist zweifellos gelodert und das polnisch-rumänische Militärbündnis illusorisch geworden.

Polen selber ist auf die französische Auslands-Politik zunächst nur zögernd eingegangen. Dann aber hat es offenbar die Chancen erkannt, die in dieser Politik liegen und ist feinerer die Waise geworden. Die Frankreich auf dem einen beständigsten Wege vorwärtsgerichtet hat, so zu einer Zeit, wo die französisch-russischen Verhandlungen von der französischen Seite bedroht erschienen, eine Sachverständigen erklären, daß Polen auf seinen Fuß mehr von dem einmal bestrehten Wege wieder abgewandt werden müßte. Indem es sich nach Osten hin schob, glaubte es, seine Bewegungsfreiheit nach Westen hin gewährt und hat vielleicht die Möglichkeit, sich dieser neuartigen Bewegungsfreiheit zu bedienen. Damit hat die Allianz-Politik der Welt, die ursprünglich wohl auf lange Sicht angelegt war, einen ganz unmittelbaren Erfolg erzielt, bei dem man sich allerdings fragen kann, ob den Franzosen vor ihrem eigenen Stillstand nicht manchmal etwas bangt wäre. Eine Folge der neuen Erklärung Polens ist das Heranziehen der Siedehölzchen an die polnische Politik. Ebenfalls stehen im Hauptbedenken der französischen Begemeinschaftung gewissen Hauptpolen zweifellos die Beziehungen gegenüber, die russisch-polnische Beziehungen sind. Die russisch-polnische Beziehungen sind einander nicht auf den französischen Verhältnissen selber ruht, ist schwer zu bestimmen. Die europäische Lage ist immer stabil und die Gewandtheit und Beweglichkeit der russischen Außenpolitik eine sehr große. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß Ausland etwa den Franzosen das Berliner System garantieren wolle, im Gegenteil, die